

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIX. Jahrgang, Nr. 12

Dezember 1956

Inhalt

Die österreichische Konjunktur an der Jahreswende 1956/57

Wachstum des Sozialproduktes im Jahre 1956 um real 4⁰/₀, gegen 11⁰/₀ im Jahre 1955 — Rückgang der Investitionen — Anhaltend hoher Konsum — Arbeitsmarkt im Zeichen der Konjunkturdämpfung — Steigende Preise und Löhne — Aktive Zahlungsbilanz — Ausblick auf 1957

Die wirtschaftliche Lage auf den einzelnen Gebieten

Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Gründung des ersten Investmentfonds in Österreich — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel

Zur Konjunkturlage der Industrie Ende 1956

Österreichs Eisenindustrie und die Montan-Union

Der Fremdenverkehr im Jahre 1955/56

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die österreichische Konjunktur an der Jahreswende 1956/57

Wachstum des Sozialproduktes im Jahre 1956 um real 4⁰/₀, gegen 11⁰/₀ im Jahre 1955 — Rückgang der Investitionen — Anhaltend hoher Konsum — Arbeitsmarkt im Zeichen der Konjunkturdämpfung — Steigende Preise und Löhne — Aktive Zahlungsbilanz — Ausblick auf 1957

Die Entwicklung des Sozialproduktes im Jahre 1956

Das österreichische Sozialprodukt ist im Jahre 1956 real nur noch um knapp 4% gewachsen, gegen 10% und 11% in den Jahren 1954 und 1955. Während es in den vier Quartalen 1955 noch um 14³/₀%, 10⁷/₀%, 8⁴/₀% und 8% größer war als in der gleichen Zeit 1954, wuchs es in den vier Quartalen 1956 nur noch um 4⁷/₀%, 3⁴/₀%, 3²/₀% und (schätzungsweise) 3⁵/₀%.

Nicht nur in Österreich, sondern in allen westeuropäischen Ländern ist der Konjunkturaufschwung im Jahre 1956 bedeutend schwächer geworden. In der Bundesrepublik Deutschland z. B. wuchs das Sozialprodukt im Jahre 1956 real nur noch um 6%, gegen 11% im Jahre 1955. Dagegen hat die Wirtschaft der Vereinigten Staaten im Laufe d. J. 1956 die Phase der „Rezession“ überwunden und erfährt an der Jahreswende 1956/57 eine neuerliche Konjunkturbelebung.

Der gegenläufige Konjunkturhythmus der westeuropäischen und nordamerikanischen Wirtschaft (die Konjunkturdämpfung in den USA im Jahre 1954 zog die Hochkonjunktur 1954/55 in Westeuropa nicht in Mitleidenschaft, umgekehrt tangiert die gegenwärtige Konjunkturabschwächung in Westeuropa nicht die gleichzeitige Erholung in den Vereinigten Staaten) ist ebenso bemerkenswert wie der Umstand, daß die Ursachen, oder zumindest die Symptome, der gegenwärtigen Konjunkturabschwächung in den verschiedenen westeuropäischen Ländern auffallend ähnlich sind. Dies gilt besonders für die Entwicklung der österreichischen und der westdeutschen Wirtschaft. In beiden Ländern hat die Abschwächung der Konjunktur ihre Wurzeln in der nachlassenden Investitionstätigkeit, in beiden Ländern verlagerte sich der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktivität von den Investitionen auf den Konsum, der von den stark erhöhten Masseneinkommen profitierte (in Österreich

sind die Masseneinkommen im Jahre 1956 um rund 10%, in der Bundesrepublik um rund 12% gestiegen), in beiden Ländern ist der Export eine wichtige Stütze der Konjunktur und in beiden Ländern hat die Produktivität der Industrie im Jahre 1956 trotz umfangreichen Investitionen in den vorangegangenen Jahren im ganzen keine nennenswerten Fortschritte gemacht. Ähnliche Übereinstimmungen in wesentlichen Punkten lassen sich, wenn auch nicht im gleichen Maße wie zwischen Österreich und der Bundesrepublik, in der Entwicklung der meisten westeuropäischen Länder nachweisen. Sie zeigen, in wie hohem Maße Westeuropas Wirtschaft bereits integriert ist.

Die Zuwachsrate des österreichischen Sozialproduktes von 4% im Jahre 1956 ist die Resultante einer sehr uneinheitlichen Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige, Branchen und Betriebe.

Entwicklung des realen Sozialproduktes

	1956			
	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	I. bis III. Qu.
	Veränderungen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres in %			
Industrie und Gewerbe	+ 5 0 ¹⁾	+ 3 0 ¹⁾	+ 2 9 ¹⁾	+ 4 0 ¹⁾
Baugewerbe	+ 0 5	+ 4 5	+ 3 1	+ 3 2
Land- und Forstwirtschaft ²⁾	+ 0 0	+ 0 0	+ 0 0	+ 0 0
Verkehr	- 2 1	+ 3 0	+ 1 6	+ 0 8
Handel	+ 12 8	+ 8 7	+ 7 9	+ 9 6
Brutto-Nationalprodukt	+ 4 7	+ 3 4	+ 3 2	+ 3 9

¹⁾ Einschließlich USIA- und Erdölproduktion. — ²⁾ Jahresrate.

Der Beitrag von *Industrie und Gewerbe* zum Sozialprodukt war in den ersten drei Quartalen 1956 nur noch um 5%, 3% und 3% größer als im Vorjahre. Nach bisherigen Meldungen ist die Zuwachsrate im IV. Quartal wahrscheinlich wieder etwas gestiegen. Die relativ günstige Entwicklung in den letzten Monaten 1956 ist darauf zurückzuführen, daß die Industrie mehr exportieren konnte, im Inlande in erhöhtem Maße Konsumgüter nachgefragt wurden und in einigen Grundstoffindustrien Kapazitätserweiterungen fruchtbar wurden. Die Grundstoffindustrien erfreuen sich nach wie vor einer guten Konjunktur, sind voll beschäftigt und finden für die seit Jahresmitte schwächere Inlandsnachfrage im Export ausreichenden Ersatz. Immerhin ist bemerkenswert, daß bei den Kommerzeisenwerken im III. Quartal 1956 um 30% weniger Bestellungen aus dem Inlande eingingen als Waren ausgeliefert wurden. Im III. Quartal 1955 waren die Bestellungen noch um 46% höher als die Lieferungen.

Das auffallendste Phänomen in der konjunkturellen Entwicklung der für das Wachstum des Sozialproduktes ausschlaggebenden Industrieproduktion ist

der Szenenwechsel im Konjunkturverlauf zwischen Investitionsgüter- und Konsumgüterindustrien im Jahre 1956. Stand die Konjunktur im Jahre 1954 noch völlig im Banne eines ungewöhnlich kräftigen Investitionsbooms, dem der private Verbrauch nur zögernd folgte, so zeichnete sich im Jahre 1955 bereits eine Verflachung der Investitionskurve und ein ständiges Steigen des Konsums ab. Ein eindeutiger Führungswechsel der konjunkturtreibenden Kräfte erfolgte aber erst im Jahre 1956. Im Jahre 1955 (erste 10 Monate) war die Investitionsgüterproduktion (ohne Grundstoffe) noch um 21%, die Konsumgüterproduktion nur um 6% höher als im Vorjahre; im Jahre 1956 (erste 10 Monate) produzierte jedoch die Konsumgüterindustrie um 7% und die Investitionsgüterindustrie nur noch um 6% mehr als im Jahre 1955. Für das Ausmaß dieser Schwergewichtsverlagerung von den Investitionsgütern zu den Konsumgütern ist auch eine Sonderbefragung des Institutes über die Konjunkturlage der Industrie Ende 1956 aufschlußreich¹⁾. Danach haben die Investitionsgüterindustrien im abgelaufenen Jahr ihre Kapazitäten zwar um 5% erweitert (im Jahre 1955 um 13%), Ende 1956 aber um 8% schlechter ausgenützt als Ende 1955. Dagegen ist in den Konsumgüterindustrien der Grad der Kapazitätsausnutzung gleich geblieben, obwohl die Kapazitäten um 7% ausgeweitet wurden. (Ende 1956 war die Kapazitätsausnutzung in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie um 8%, in der Lederverarbeitenden Industrie um 7%, in der Bekleidungsindustrie um 5%, in der papierverarbeitenden Industrie um 2% höher als Ende 1955.)

Erweiterung und Ausnutzung der Kapazitäten in der Industrie

	Veränderung der Kapazitäten	
	Kapazitäten	Kapazitätsausnutzung
	November 1956 gegen November 1955 in %	
Investitionsgüterindustrien	+ 5	- 8
Konsumgüterindustrien	+ 7	0
Industrie insgesamt	+ 6	- 4

Ende 1955 hatten sich Symptome der Konjunkturanspannung (Kapazitätenengpässe, Arbeitskräftemangel) ausschließlich in den Investitionsgüterindustrien gezeigt. Ende 1956 gab es in den Investitionsgüterindustrien zwar noch vereinzelt besonders leistungsfähige Betriebe, die ihren Marktanteil auf

¹⁾ Siehe Aufsatz „Zur Konjunkturlage der Industrie Ende 1956“ S. 419 ff.

Kosten schwächerer Betriebe ausdehnen könnten, wenn sie über größere Kapazitäten verfügten, im ganzen jedoch sind die Investitionsgüterindustrien weniger ausgelastet. Die Gießereiindustrie, Fahrzeugindustrie, Elektroindustrie, chemische Industrie und Lederindustrie produzierten im III. Quartal 1956 weniger als im III. Quartal 1955. Die Metallindustrie erreichte knapp das Vorjahresniveau. Dagegen erzeugten die Konsumgüterindustrien zum Teil bedeutend mehr als vor einem Jahr. In der Sonderbefragung des Institutes meldeten 20% der Konsumgüterproduzierenden Betriebe, daß sie durch Kapazitätsengpässe gehindert werden, mehr zu erzeugen. 11% der Konsumgüterbetriebe, vornehmlich in der Textil- und in der Bekleidungsindustrie, beklagten sich, daß sie nicht genügend Arbeitskräfte bekommen könnten.

Die Produktion der gesamten Industrie war in den ersten 10 Monaten 1956 um 4,7% höher als in den gleichen Monaten 1955. (Die noch fehlenden Produktionsziffern für November und Dezember werden dieses Ergebnis nicht wesentlich verändern.) Der Produktionszuwachs in der Industrie im Jahre 1956 ist überwiegend der Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte zu danken, da die Produktivität im Jahre 1956 (in den ersten 10 Monaten) nur um 1% gestiegen ist. Zahlreiche Betriebe, die auch im abgelaufenen Jahre ihre technische Ausrüstung stark verbessern konnten, halten gegenwärtig nicht voll ausgenützte Arbeitskräfte. (In den ersten 10 Monaten 1955 war die Industrieproduktion noch um 14% und die Produktivität um 7% gestiegen.)

Das *Baugewerbe* produzierte in den ersten drei Quartalen 1956 nur noch um 0,5%, 4,5% und 3,1% mehr als im Vorjahre. Im IV. Quartal dürfte infolge ungünstiger Witterung weniger gebaut worden sein als im IV. Quartal 1955. (Im Jahre 1955 war das reale Bauvolumen um 13% höher als im Jahre 1954.) Obwohl Bauarbeiter noch immer knapp sind und viele Unternehmer sich nur zögernd entschließen, nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte zu entlassen, ist die „Überhitzung“ der Baukonjunktur abgeklungen.

Die *Land- und Forstwirtschaft* konnte im Jahre 1956 ihren Beitrag zum Sozialprodukt infolge Mißernten in einzelnen Produktionssparten und infolge geringerer Holzschlägerungen nicht erhöhen. Da die Erzeugerpreise für Agrar- und Forstprodukte im gewogenen Durchschnitt nur geringfügig gestiegen und die Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel annähernd stabil geblieben sind, hat sich das Ein-

kommen der Land- und Forstwirtschaft insgesamt nur wenig erhöht. Dadurch ist der Anteil der Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft am gesamten Volkseinkommen, der schon im Jahre 1955 kleiner geworden war, erneut etwas zurückgegangen (von 14,9% auf schätzungsweise 14,2 bis 14,5%).

Die *Landwirtschaft* erzeugte im Jahre 1956 weniger pflanzliche, aber mehr tierische Nahrungsmittel als im Vorjahr. Die Getreideernte (ohne Mais) war mit 1,8 Mill. t um 5% höher und qualitativ besser als die sehr gute Ernte des Vorjahres. Das Angebot an Brotgetreide stieg sogar um 30%, die Getreidevorräte waren Ende 1956 um über 50% höher als Ende 1955. Dagegen verursachten Frostschäden bei Wein und einigen Obstarten Mißernten und entsprechend niedrigere Erträge. Auch der Zuckerüben-ertrag blieb hinter den Vorjahresergebnissen zurück. Im ganzen war das Volumen der pflanzlichen Produktion um etwa 5% kleiner als im Jahre 1955. Da jedoch die Futtermittel im Jahre 1956 gut gediehen, konnte die tierische Produktion um 4% ausgeweitet werden. Die Marktproduktion an Milch stieg um 6%, die an Fleisch um 10%. Nach den vorläufigen Berechnungen des Institutes erhöhte die Landwirtschaft das Volumen ihrer gesamten Produktion im Jahre 1956 um 1% auf 111% von 1937.

Die *Forstwirtschaft* schlugerte im III. Quartal um 1% und in den ersten 9 Monaten um 17% weniger Holz als im Vorjahr. Wenn auch die Angaben über den Einschlag unvollständig sein dürften, wird man die Fällungen in den vier Quartalen 1956 doch um 10% niedriger ansetzen müssen als im Jahre 1955, schon deshalb, weil Anfang 1955 über 1 Mill. fm Holz durch Wind geworfen wurden, der Einschlag demnach überhöht war.

Von allen Wirtschaftszweigen konnte der Handel im Jahre 1956 seinen Beitrag zum Sozialprodukt am stärksten erhöhen. Die Zuwachsraten in den vier Quartalen betragen 13%, 9%, 8% und (schätzungsweise) 6%.

Diese relativ günstige Entwicklung ist vor allem der starken Zunahme des *Außenhandels* zu danken. Das Exportvolumen war in den ersten drei Quartalen 1956 um 21%, 18% und 17%, in den Monaten Oktober und November um 18%, das Einfuhrvolumen um 6%, 13%, 9% und 6% höher als in den entsprechenden Zeiträumen 1955.

Im Einzelhandel vermitteln die Quartalsegebnisse im Jahre 1956 kein richtiges Bild, da sich der

Saisonverlauf mehrmals stark verschob. Die reale Zuwachsrate der Einzelhandelsumsätze betrug im Jänner und Februar rund 10%, in den Monaten März bis Oktober 4 bis 5%. Im November führten die Ereignisse in Ungarn und am Suezkanal vorübergehend zu Angstkäufen, die Zuwachsrate von 13% in diesem Monat fällt daher aus der Reihe. Da aber auch das Weihnachtsgeschäft gut war, dürften die Einzelhandelsumsätze im Jahre 1956 real um ungefähr 6% höher gewesen sein als im Jahre 1955.

Der *Verkehr* konnte seinen Beitrag zum Sozialprodukt in den ersten drei Quartalen 1956 nur noch um knapp 1% erhöhen, gegen 16% im Jahre 1955. Auch im IV. Quartal 1956 war das Verkehrsvolumen schätzungsweise nur um 1 bis 2% höher als im Vorjahre.

Im *Fremdenverkehr* wurden in der Saison 1955/56 (1. November bis 31. Oktober) 286 Mill. Übernachtungen gezählt, d. s. um 13% mehr als im Vorjahr. Der Ausländer-Fremdenverkehr war um 19%, der Inländerverkehr um 7% lebhafter als im Fremdenverkehrsjahr 1954/55.

Rückgang der Investitionen

Die Investitionstätigkeit war in den Jahren 1954 und 1955 die wichtigste Quelle der wirtschaftlichen Expansion. Aber schon in der zweiten Hälfte 1955 ebte der Investitionsboom ab, die Zuwachsrate der gesamten Bruttoinvestitionen ging vom I. bis IV. Quartal 1955 (gegenüber den entsprechenden Vorjahresquartalen) von 51% auf 34%, 16% und 15% zurück. Im I. und II. Quartal 1956 betrug sie nur noch 5% und 6%, im III. Quartal wurde der Vorjahresstand erstmals seit dem Konjunkturaufschwung nicht mehr erreicht. Voraussichtlich wurde auch im IV. Quartal weniger investiert als im Vorjahre.

Die Abschwächung der in einzelnen Sparten vorübergehend überhitzten Investitionsgüterkonjunktur wurde teilweise bewußt herbeigeführt, teilweise ergab sie sich zwangsläufig aus der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Bundesvoranschlag für 1956 waren die öffentlichen Investitionen empfindlich gekürzt worden. Wiewohl die Budgetansätze bis Jahresende wahrscheinlich um 10% bis 20% überschritten wurden, sind die Investitionen des Bundes im Jahre 1956 real wahrscheinlich um rund 30% kleiner gewesen als im Budgetjahr 1955.

In der gewerblichen Wirtschaft hatten strukturelle Anpassungsschwierigkeiten, Schmälerungen

der Erträge und der Eigenfinanzierung infolge Aufhebung der Bewertungsfreiheit eine geringere Nachfrage nach Investitionsgütern zur Folge. Schon Ende 1955 hatte die Mehrzahl der Unternehmer in einer Sonderbefragung des Konjunkturtestes des Institutes angegeben, daß sie im Jahre 1956 ihre Investitionen einschränken werden¹⁾.

Entwicklung der Bruttoinvestitionen

	1956			
	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	I. bis III. Qu.
	Veränderung gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres in %			
Bauliche	+0,5	+5,2	+3,5	+3,7
Maschinelle	+7,0	+5,9	-4,9	+2,4
Bruttoinvestitionen insgesamt	+5,0	+5,6	-0,2	+3,0

Die beabsichtigte oder erzwungene Einschränkung der Investitionen setzt sich aus verschiedenen Gründen meist erst nach einiger Zeit durch. Im öffentlichen Sektor, vor allem im Wohnungsbau, wirkten sich die Investitionskürzungen des Jahres 1956 bisher nur wenig aus, weil vielfach Mittel verbaut werden konnten, die noch aus den hohen Freigaben der Jahre 1955 und 1954 stammten. Die Restriktionen auf diesem Gebiete werden sich erst im Jahre 1957 voll auswirken. Außerdem wurden im Jahre 1956 teilweise bereits Mittel im Vorgriff auf das Jahr 1957 investiert. Trotzdem wird das gesamte nominelle Investitionsvolumen der öffentlichen Haushalte im Jahre 1957 annähernd gleich hoch sein wie im Jahre 1956. Auch die *private* Investitionstätigkeit kann erfahrungsgemäß oft nicht sehr rasch auf Konjunkturschwankungen reagieren. Selbst kleinere Vorhaben laufen wegen der noch immer starken Beanspruchung des Baugewerbes und wegen der langen Lieferfristen in einzelnen Investitionsgüterindustrien oft erst nach vielen Monaten aus und größere, längerfristige Investitionsprogramme können nur in Ausnahmefällen kurzfristig gestoppt werden. In den meisten Fällen werden bereits begonnene Investitionsvorhaben nicht abgebrochen, sondern nur über einen längeren Zeitraum erstreckt oder allenfalls in kleinerem Umfang abgerundet. Der Sondererhebung des Institutes zufolge hat nur die Fahrzeugindustrie, die mit größeren Umstellungsproblemen ringt und ihre Produktion von Jahresbeginn bis zum III. Quartal um 20% reduzieren mußte, ihre Investitionen abgestoppt. In den meisten übrigen Zweigen wurden sie nur allmählich eingeschränkt.

¹⁾ Siehe Monatsberichte, Heft 12, Jg 1955, S. 435.

Aus naheliegenden Gründen haben sich die maschinellen Investitionen zuerst und stärker abgeschwächt. Sie waren in den vier Quartalen 1955 um 49%, 47%, 29% und 19% höher als ein Jahr vorher, im I. und II. Quartal 1956 aber nur noch um 7% und 6%. Im III. Quartal waren sie schon um 5% niedriger als im Vorjahre. Der Rückschlag im III. Quartal betraf überwiegend heimische Investitionsgüter (vor allem Fahrzeuge sowie elektrische Maschinen und Geräte), während die Einfuhr von Investitionsgütern weniger stark zurückging. Bisher konnte die heimische Investitionsgütererzeugung den Nachfrageausfall des Inlandes im Export kompensieren

Entwicklung des Investitionsgütermarktes¹⁾

	1956			
	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	I bis III, Qu
	Veränderung gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres in %			
Inländische Produktion	+11.9	+2.7	-5.3	+2.8
Ausfuhr	+81.7	+53.9	+23.8	+51.0
Einfuhr	-4.7	-1.2	-1.8	-2.5

¹⁾ Zu konstanten Preisen 1950

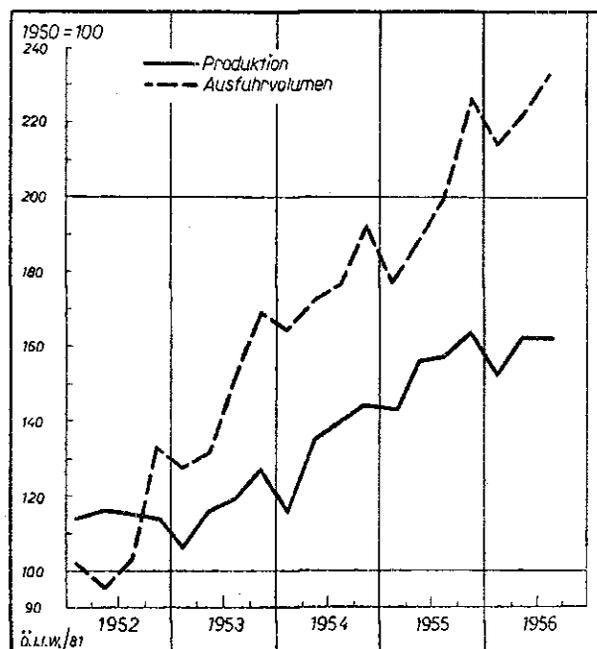
Den Rückgang der gesamten maschinellen Investitionen im III. Quartal verursachte vor allem die Landwirtschaft. Im I. und II. Quartal 1956 hatte sie noch um 29% und 28% mehr Investitionsgüter gekauft als im Vorjahre, im III. Quartal jedoch um 14% weniger. Die Nachfrage nach Traktoren und Landmaschinen ging schon im April und Mai stärker zurück, doch hatten die Werke zunächst noch alte Aufträge auszuliefern, für die längere Liefertermine vereinbart waren. Die Ursachen für den Rückgang der landwirtschaftlichen Maschineninvestitionen liegen in Finanzierungsschwierigkeiten, da der verbilligte Agrarsonderkredit schon Anfang 1956 erschöpft war und weitere Darlehen erst wieder im Herbst zur Verfügung standen, als die ersten Rückflüsse aus ERP- und Sonderkrediten einliefen. Die Käufe von Maschinen und Fahrzeugen in der gewerblichen Wirtschaft waren nach den hohen Zuwachsraten des Vorjahres schon im I. Quartal 1956 unter den Stand von 1955 gesunken

Die Bautätigkeit hat bisher noch nicht stark auf die Abschwächung der Investitionsneigung und die

Investitionen an Maschinen und Fahrzeugen

	Landwirtschaft		Gewerbliche Wirtschaft	
	1955	1956	1955	1956
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
I. Quartal	+87.0	+29.3	+59.4	-3.4
II. „	+41.5	+27.9	+57.1	+1.4
III. „	+41.9	-14.0	+30.6	-4.8
IV. „	+36.8		+18.7	

Exporte als Konjunkturstütze
(Normaler Maßstab; 1950 = 100)



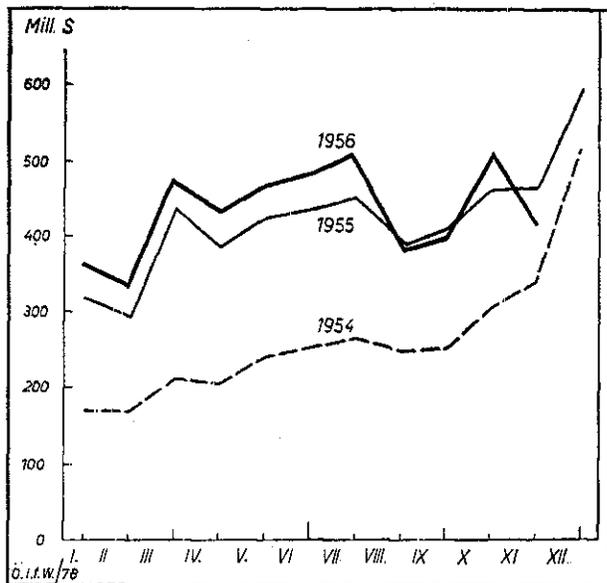
Die rasch steigenden Exporte hatten 1952/53 den Konjunkturaufschwung eingeleitet. Seit der Abschwächung der heimischen Nachfrage im Jahre 1956 sind sie erneut wichtigster Träger der Konjunktur geworden. In den ersten drei Quartalen 1956 nahm die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahre nur noch um knapp 5% zu, das Exportvolumen aber um 18%.

Kürzung der öffentlichen Investitionen reagiert Der Zuwachs des gesamten Bauvolumens seit dem Vorjahre war wohl erheblich geringer als im Jahre 1955. Es war jedoch zu erwarten, daß die überaus lebhaft Bautätigkeit im Jahre 1955 nicht mehr stark ausgeweitet werden wird. Außerdem wurde im Jahre 1956 die Bausaison durch das schlechte Wetter zu Beginn des Jahres und teilweise auch im Spätherbst beeinträchtigt, also gerade in der Zeit, in der noch gewisse Kapazitätsreserven mobilisiert werden können. So waren die baulichen Brutto-Investitionen im I. Quartal 1956 (wegen des langen und strengen Winters) nur um 0.5%, im II. und III. Quartal aber immerhin um 5.2% und 3.5% höher als im Vorjahr. Im IV. Quartal dürfte der Vorjahresstand nicht mehr erreicht worden sein.

Verschiedene Anzeichen – die erheblich geringere Investitionsneigung der Unternehmer, knappe öffentliche Mittel für Bauten, beträchtliche regionale Entspannungen auf dem bisher überforderten Baustoffmarkt – deuten darauf hin, daß auch die Bauwirtschaft den Rückgang der Investitionstätigkeit bald spüren wird.

Entwicklung der Einfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln

(Normaler Maßstab; Mill. S)



Die Investitionsneigung und die Nachfrage nach Kraftwagen läßt allmählich nach. Seit Mitte 1956 hält die Einfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln nur noch das Niveau des Vorjahres. Mit der Aufhebung der steuerlichen Investitionsbegünstigung fiel auch die übermäßige Ballung der Maschinenimporte zu Jahresende fort.

Die Abschwächung der Expansion hat auch die Zukunftserwartungen der Unternehmer gedämpft. Vor allem wird die Finanzierung der Investitionen immer schwieriger. Die überwiegend auf Eigenfinanzierung angewiesene private Industrie wurde durch die Aufhebung der Bewertungsfreiheit fühlbar getroffen. Wohl hat das Finanzministerium im Jahre 1956 den Unternehmern durch Bewilligung der degressiven Abschreibung ein ähnliches Instrument wie die Bewertungsfreiheit an die Hand gegeben. Von dieser Möglichkeit scheinen aber nur verhältnismäßig wenig Firmen Gebrauch zu machen. Dieses System ist in Österreich noch wenig bekannt und nicht so einfach anzuwenden wie die Bewertungsfreiheit. Außerdem hat sich die Ertragslage der Unternehmungen im Laufe des Jahres 1956 verschlechtert. Bei praktisch stagnierender Produktivität mußte die Industrie höhere Löhne und höhere Preise für Rohstoffe, vor allem für Kohle, bezahlen. Wegen der nach wie vor starken Importkonkurrenz auf den Fertigwarenmärkten konnte sie die Kostenvertierungen zumeist nicht oder nur zum Teil in höheren Preisen auffangen. Auch die Leistungen an direkten Steuern (wegen der höheren Gewinne im Jahre 1955)

sind im 2. Halbjahr 1956 rasch gestiegen. Außerdem mußte die Industrie beim Verkauf ihrer Produkte längere Zahlungsfristen einräumen als im Vorjahr. Nach der Sondererhebung des Institutes sind die Forderungen der Industrie auf Grund von Warenlieferungen von November 1955 bis November 1956 um 17% gestiegen.

Gleichzeitig mit der Einschränkung der eigenen Finanzierungsquellen wurde die Fremdfinanzierung erschwert. In den ersten drei Quartalen 1956 nahm das kommerzielle Kreditvolumen nur noch um 2,8 Mrd. S zu, gegen 3,9 Mrd. S in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch der Kapitalmarkt war bei weitem nicht mehr so ergiebig wie im Jahre 1955. Im Jahre 1956 konnten nur noch rund 1,020 Mill. S Anleihen im Inland abgesetzt werden, um 1,176 Mill. S weniger als im Jahre 1955. Die um 546 Mill. S höheren Kredite der Weltbank schufen nur teilweise eine Abhilfe, außerdem konnten diese Beträge bis zum Jahresende erst teilweise in Anspruch genommen werden.

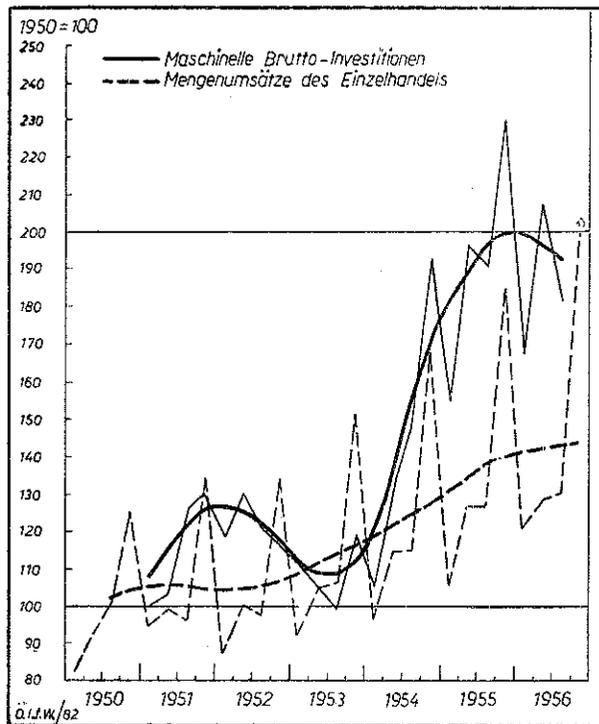
Anhaltend hoher Konsum

Während zu Beginn des Konjunkturaufschwunges die Investitionen dem Konsum stark vorausliefen, ist gegenwärtig der private Konsum neben dem Export die Hauptstütze der wirtschaftlichen Expansion. Wohl ist auch der private Konsum im Jahre 1956 langsamer gestiegen als im Vorjahr, die Zuwachsraten waren jedoch höher als bei den Investitionen. In den ersten drei Quartalen 1956 wurde mengenmäßig um etwa 5% mehr konsumiert als im Vorjahr (in der gleichen Zeit 1955 um 10% mehr), die Investitionen haben jedoch nur um 3% (28%) zugenommen. Außerdem ist der private Konsum, im Gegensatz zu den Investitionen, die nach ihrer sprunghaften Ausweitung in den vorangegangenen Jahren im Laufe des Jahres 1956 ständig zurückgegangen, seit seiner Abschwächung im Frühjahr ziemlich stabil geblieben. Insbesondere gegen Jahresende war die Nachfrage nach Konsumgütern viel stärker als die nach Investitionsgütern.

Da sich der Saisonablauf der Einzelhandelsumsätze im Jahre 1956 durch das Wetter, die Feiertage und die Gehalts- und Lohnzahlungstermine wiederholt verschoben hat, geben die Quartalsdurchschnitte die konjunkturelle Entwicklung des privaten Konsums etwas verzerrt wieder. Rein kalendermäßig wurde im I. Quartal 1956 um rund 10% mehr kon-

Rückgang der Investitionen — anhaltend hoher Konsum

(Normaler Maßstab; Quartalsdurchschnitt 1950=100)



Die Indizes der maschinellen Bruttoinvestitionen und der Einzelhandelsumsätze sind die besten Indikatoren für die Investitionen und den privaten Konsum. Während die maschinellen Bruttoinvestitionen in den Jahren 1954 und 1955 stark zunahm, verflachte die Kurve im 1. Halbjahr 1956 rasch und zeigte im 2. Halbjahr bereits deutlich sinkende Tendenz. Im I. und II. Quartal waren die Investitionen noch um 7% und 6% höher, im III. Quartal aber schon um 5% niedriger als in der gleichen Zeit des Jahres 1955. Der private Konsum wurde neben den Exporten zur Hauptstütze der Konjunktur. Er nahm — wenn auch weniger stark als im Vorjahr — bis Jahresende weiter zu und war in den ersten drei Quartalen 1956 um 5% höher als im Vorjahr.

sumiert als im Vorjahr, im II. und III. Quartal aber nur um 3% und 1% mehr. Faßt man aber die Monatsergebnisse zu Verkaufssaisonen zusammen, so zeigt sich, daß der Einzelhandel im Jänner und Februar dank den Sonderlohnzahlungen noch um 11% (mengenmäßig um etwa 10%) mehr verkaufte als im Vorjahr, in der Zeit von März bis Oktober aber — nach Ausschaltung der Saisonverschiebungen — in jeder Verkaufsperiode um 6 bis 7% (mengenmäßig 4 bis 5%) mehr als im Jahre 1955. Der gesamte Verbrauch — einschließlich Güter und Dienstleistungen, die nicht über den Einzelhandel gehen — lag im Jänner und Februar um 8%, seit März um durchschnittlich 4% über dem Vorjahr.

Entwicklung des privaten Konsums

	1956 gegen 1955	
	Jänner/Februar	März bis Oktober
	Mengenmäßige Veränderungen in %	
Nahrungs- und Genußmittel ..	+ 10,8	+ 5,6
Bekleidung ..	+ 9,6	+ 4,5
Wohnungseinrichtung und Hausrat ..	+ 10,5	+ 3,1
Sonstige Güter und Leistungen ..	+ 3,0	+ 0,4
Privater Konsum insgesamt	+ 8,4	+ 3,8

Anders als im Vorjahr, als sich die Nachfragebelebung vor allem auf dauerhafte Konsumgüter (insbesondere Fahrzeuge, Elektrogeräte, Einrichtungsgegenstände) und andere Güter des gehobenen Bedarfs konzentrierte, haben seit der Abschwächung der Expansion im Frühjahr 1956 die Ausgaben der Konsumenten für dauerhafte und nichtdauerhafte Konsumgüter ziemlich gleichmäßig zugenommen. Da aber die Preise verschiedener dauerhafter Güter (vor allem Möbel und Geschirr) überdurchschnittlich gestiegen sind, erhöhten sich mengenmäßig hauptsächlich die Käufe von Nahrungs- und Genußmitteln und Bekleidung. Von März bis Oktober wurden um 6% mehr Nahrungs- und Genußmittel und um 5% mehr Bekleidung, aber nur um etwa 3% mehr Wohnungseinrichtung und Hausrat (hauptsächlich Elektrogeräte) gekauft als im Vorjahr. Die Käufe von Motorrädern und Motorrollern sind um 24% zurückgegangen. Die Neuzulassungen von Personenkraftwagen waren von Jänner bis November nur noch um 11% höher als im Vorjahre (im Jahre 1955 um 115%).

Im November erhielt die Nachfrage der Konsumenten durch die weltpolitischen Spannungen vorübergehend neuen Auftrieb. Die Mengenumsätze des Einzelhandels waren vor allem wegen Angstkäufen von Nahrungsmitteln und Bekleidung um 13% höher als im Vorjahr. Obwohl sich die Stimmung bald beruhigte, dürfte sich die reale Zuwachsrate der Einzelhandelsumsätze im IV. Quartal auf 7% erhöht haben. Da die Vorratskäufe relativ gering waren und sich auf wenige Waren beschränkten, ist von ihnen auch weiterhin keine Abschwächung der Nachfrage zu erwarten.

Die wachsende Verwendung des Sozialproduktes für Konsumzwecke im Jahre 1956 läßt sich vor allem damit erklären, daß die Einkommen der Unselbständigen, die überwiegend konsumiert werden, im Gegensatz zur Entwicklung am Beginn des Konjunkturaufschwunges stärker gestiegen sind als das gesamte Volkseinkommen. Die Beschäftigung hat im Jahre 1956 um 3% zugenommen, gleichzeitig sind die Ein-

kommen je Kopf durch die verschiedenen Erhöhungen von Löhnen, Gehältern und Pensionen beachtlich gestiegen. Nach vorsichtigen Schätzungen kann man annehmen, daß die Masseneinkommen in den ersten drei Quartalen 1956 insgesamt um 9 bis 10% höher waren als im Vorjahr (in der gleichen Zeit 1955 betrug die Zuwachsrate noch 13%), während das gesamte Brutto-Nationalprodukt nominell nur um etwa 7% (real um 4%) zugenommen hat.

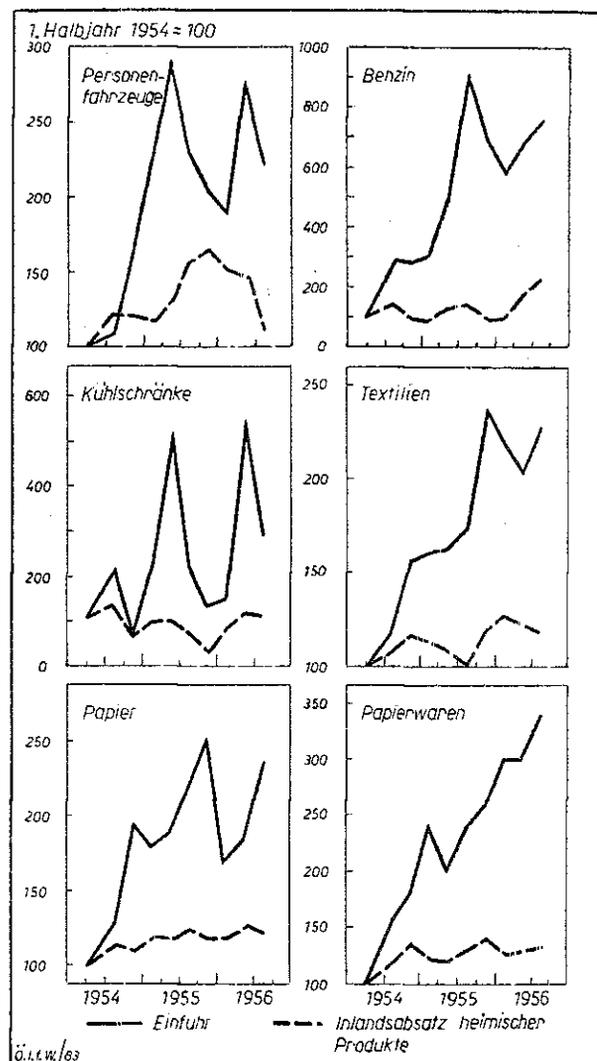
Offensichtlich ist der Einkommenszuwachs überwiegend dem Konsum zugute gekommen, da die Sparquote im Jahre 1956 kaum zugenommen hat. Die Netto-Einlagen auf Sparkonten waren im III. Quartal zwar um 42% höher als im III. Quartal 1955, im Oktober aber geringer als im Vorjahr. Im November wurden infolge der Ereignisse in Ungarn Einlagen abgehoben und teilweise für Angstkäufe verwendet. Der Einlagenzuwachs bis Ende November war dieses Jahr nur um 4% größer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch die Wertpapierkäufe von Privaten waren vermutlich nicht größer als im Vorjahr.

Für die neuerliche Verschiebung des Konsums zu Gunsten kurzlebiger Waren können verschiedene Gründe angeführt werden: Die Selbständigen, auf die etwa 25% des gesamten Konsums entfallen und die mit ihren höheren Einkommen relativ viel für dauerhafte Konsumgüter ausgeben, haben ihren Verbrauch kaum gesteigert. Von der Beschränkung der Konsumkredite wurden nur die dauerhaften Konsumgüter betroffen. Die Welle der Motorisierung und Einrichtung von Wohnungen ebbt vor allem auch deshalb ab, weil sich die Impulse, die von der Liberalisierung und der Preissenkung ausgegangen sind und einen Nachfragestoß auslösten, bereits erschöpft haben.

Die Konsumgütermärkte standen auch im Jahre 1956 unter scharfem Konkurrenzdruck der Importe. Das Volumen der Einfuhr der Konsumfertigwaren nach dem UN-Code (ohne Papierwaren, Elektrogeräte, Fahrzeuge, Gewebe, Metallwaren) ist in den ersten drei Quartalen 1956 um 29%, 42% und 34% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Konsumenten bevorzugen häufig ausländische Erzeugnisse, da sie oft billiger sind und qualitativ höher eingeschätzt werden als heimische Erzeugnisse. So sank der Anteil inländischer Produkte am gesamten Absatz von Personenfahrzeugen von 48% im I. Quartal auf 37% im III. Quartal (im Jahre 1955 war in der gleichen Zeit

Anhaltende Importkonkurrenz auf den Konsumgütermärkten

(Normaler Maßstab; I. Halbjahr 1954 = 100)



Obwohl die von der Liberalisierung unmittelbar ausgelösten Importimpulse im Jahre 1956 kaum noch wirksam waren, standen die österreichischen Konsumgütermärkte weiterhin unter scharfem Konkurrenzdruck der Importe. So wurde u. a. die inländische Erzeugung von Textilien, Personenfahrzeugen, Papier und Papierwaren noch stärker als im Vorjahr durch das steigende Angebot ausländischer Erzeugnisse zurückgedrängt. Dagegen konnte die Inlanderzeugung von Benzin und Kühlschränken ihren Anteil am Inlandmarkt erhöhen.

der Anteil von 37% auf 44% gestiegen). Ähnlich, wenn auch schwächer, sind seit Jahresbeginn die Marktanteile der inländischen Produkte bei Textilien, Papier und Papierwaren gesunken; sie waren meist geringer als im Vorjahr. Diese starke Importkonkurrenz ist mit ein Grund, daß insbesondere seit dem Frühjahr nur jene Konsumgüterindustrien ihre Produktion stärker ausweiten konnten, die nicht oder

nur wenig mit ausländischen Erzeugnissen im Wettbewerb stehen (Nahrungs- und Genußmittel, Schuhe, Bekleidung) Dagegen hat die Versorgung mit inländischem Benzin, die seit Mitte 1954 stark zurückgegangen war, dank der Preissenkung Ende 1955 beachtlich zugenommen. Vom gesamten Absatz entfielen im III. Quartal 73% auf heimisches Benzin, gegen nur 60% im I. Quartal und 58% im III. Quartal 1955. Bei Kühlschränken ist der Marktanteil inländischer Erzeugnisse von 53% im I. Quartal auf 44% im III. Quartal gefallen, er war aber höher als im Vorjahr (47% und 41%).

Arbeitsmarkt im Zeichen der Konjunkturdämpfung

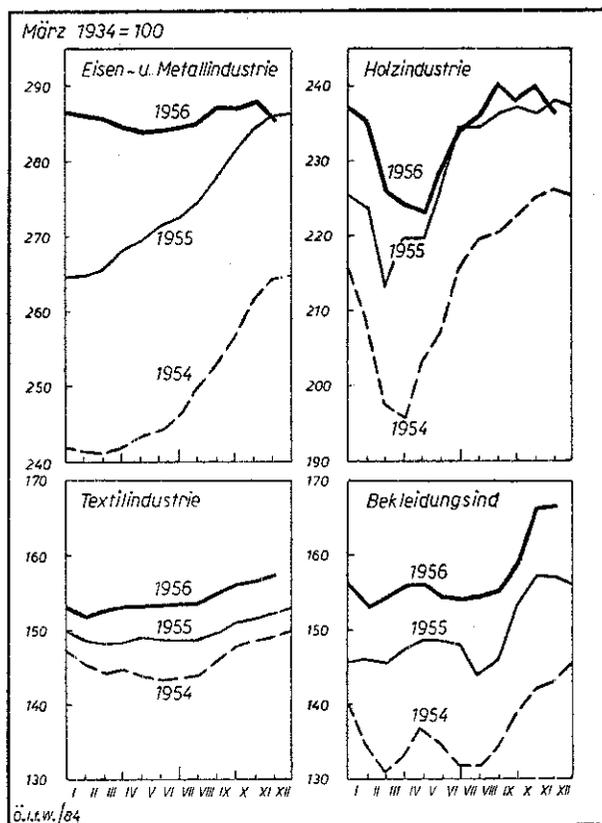
Die Abschwächung der Konjunktur und die gegenläufige Entwicklung zwischen Investitionsgüter- und Konsumgüterindustrien im Laufe des Jahres 1957 spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Im I. Quartal waren um 70.100, im IV. Quartal nur noch um 54.300 krankenversicherte Personen mehr beschäftigt als im I. und IV. Quartal 1955. Im Monatsdurchschnitt 1955 war die Zahl der Beschäftigten noch um 99.000 (5%), im Jahre 1956 nur noch um 62.900 (3%) Personen gestiegen.

Die abnehmende Tendenz des Beschäftigungszuwachses ist die natürliche Folge der im Konjunkturaufschwung fortschreitenden Eingliederung der einsatzfähigen Arbeitskräfte in die Wirtschaft. Im Grunde war die Ausdehnung des Arbeitskräfteangebotes (Beschäftigte und Stellensuchende) um 61.300 Personen (2,8%) im Jahre 1956 erstaunlich groß und überstieg weit den natürlichen Zuwachs der arbeitsfähigen Bevölkerung. Der starke Zustrom ist zum Teil selbst eine Folge der Konjunktur, die immer neue Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt zieht und alte, die sonst aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschieden wären, auf ihren Arbeitsplätzen verbleiben läßt. Außerdem traf sich glücklich, daß sich vor allem jene Wirtschaftszweige einer guten Konjunktur erfreuten, die verhältnismäßig viel weibliche Arbeitskräfte beschäftigten (Konsumgüterindustrien) und gerade unter den Frauen noch Arbeitskraftreserven vorhanden sind. (Von den 62.900 Arbeitskräften, die im Jahre 1956 zusätzlich in den Arbeitsprozeß eingegliedert wurden, waren 34.300 (54%) weiblichen Geschlechtes.)

In Übereinstimmung mit dem Konjunkturverlauf ging die Zuwachsrate der Beschäftigung gegenüber

Unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigung in den Investitions- und Konsumgüterindustrien

(Normaler Maßstab; 1934=100)



In den Jahren 1954 und 1955 basierte der Konjunkturaufschwung in erster Linie auf dem kräftigen Investitionsboom. Im Jahre 1956 hingegen stützte neben dem ständig steigenden Export vor allem die wachsende Nachfrage nach Konsumgütern die Konjunktur. Die Beschäftigung in der Eisen- und Metallindustrie sowie in der Holzindustrie stieg in den Jahren 1954 und 1955 sehr stark, war aber im November 1956 nur noch ebenso hoch bzw. etwas niedriger als vor einem Jahr. In der Textil- und Bekleidungsindustrie dagegen wurden zunächst nur wenig neue Arbeitskräfte eingestellt. Die Expansion hielt aber auch im Jahre 1956 an.

dem Vorjahre in verschiedenen Investitionsgüterindustrien zurück (im III. Quartal 1956 z. B. in repräsentativen Betrieben der Eisen- und Metallindustrie von 9,5% auf 2,1%, in der Holzindustrie von 6,2% auf 1,2%), während sie in verschiedenen Konsumgüterindustrien stieg (wie in der Textilindustrie von 2,2% auf 3,5%) oder relativ weniger sank als in der Bekleidungsindustrie von 10,0% auf 5,1%).

Welche Bedeutung die ungarischen Flüchtlinge künftig für den österreichischen Arbeitsmarkt gewinnen werden, läßt sich im Augenblick noch nicht absehen. Bisher haben nach Angaben der Arbeitsämter

nur 1 600 im November und 2 600 im Dezember Arbeit gefunden.

Die Dämpfung des konjunkturellen Auftriebes zeigt sich auch in der Entwicklung der *Arbeitslosigkeit*, die im Monatsdurchschnitt 1956 mit 120.200 vorgemerkten Stellensuchenden zwar um 1.600 Stellensuchende niedriger war als im Jahre 1955, im IV. Quartal 1956 aber trotz der verhältnismäßig schwachen Zunahme im Dezember um 6.500 (6%) höher war als im Vorjahre. Während es zu Beginn 1956 um 23.600 Stellensuchende weniger gab als zu Beginn 1955, waren zu Jahresende um 7.400 und Mitte Jänner 1957 um 10.800 Personen mehr arbeitslos als vor einem Jahr. Die Rate der Arbeitslosigkeit war zwar im Monatsdurchschnitt 1956 mit 5,3% niedriger als im Jahre 1955 (5,5%), zu Jahresende 1956 aber mit 7% etwas höher als vor Jahresfrist (6,9%).

Beschäftigte und Arbeitsuchende

31. Dezember	Beschäftigte		Arbeitsuchende	
	Stand	Veränderung gegen Vorjahr	Stand	Veränderung gegen Vorjahr
	in 1 000			
1954	1 996,3	+117,8	177,5	-66,5
1955	2 072,2	+ 75,9	153,9	-23,6
1956	2 127,8	+ 55,6	161,3	+ 7,4

Die relativ hohe Monatsdurchschnittsrate der Arbeitslosigkeit (sie ist in Österreich beträchtlich höher als die international gewöhnlich mit „Vollbeschäftigung“ noch vereinbare Rate von 3%) ist teilweise die Folge von Struktur- und Anpassungsschwierigkeiten, die nur sehr langsam überwunden werden können, teilweise aber auch durch administrative Besonderheiten der österreichischen Sozialversicherung bedingt und könnte durch entsprechende Maßnahmen auf eine realistischere Größe reduziert werden.

Außer der Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit deutet auch die Abnahme der *offenen Stellen* und die Kürzung der *Arbeitszeit* auf eine weniger dringende Nachfrage nach Arbeitskräften hin. Die Arbeitsämter haben im Jahre 1956 um 44.900 (9,7%) weniger unbesetzte Arbeitsplätze angeboten als im Jahre 1955. In den Monaten Oktober und November stieg die Zahl der in der Industrie Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um 3,6%, die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden aber nur um 2,2%, die der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden sogar nur um 1,9%. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitnehmer ging von 159,8 auf

157,1 Monatsstunden (1,7%) zurück. Ähnlich dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit je Beschäftigten auch im Gewerbe gesunken sein. Daraus ergibt sich, daß der Produktivitätsfortschritt je Arbeitsstunde im Jahre 1956 doch etwas größer war als der Produktivitätsfortschritt je Beschäftigten.

Steigende Preise und Löhne

Die *Preise* sind in der zweiten Hälfte 1956 weiter gestiegen. Der Lebenshaltungskostenindex des Institutes war im Durchschnitt des 2. Halbjahres 1956 um 2,9% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den 83 Waren und Dienstleistungen, die im Lebenshaltungskostenindex des Institutes enthalten sind, waren Mitte Dezember 18 teurer und nur drei billiger als Mitte Juni. Nicht nur Saisonprodukte (wie Gemüse und Eier), sondern auch viele wichtige saisonunabhängige Güter und Dienstleistungen (wie Milch, Brot und Gebäck, Hausbrandkohle, Koks, Schuhe, Friseur, Kinos) wurden im letzten halben Jahr teurer. Die Großhandelspreise haben ähnlich stark angezogen. Der vom Statistischen Zentralamt berechnete Großhandelspreisindex war in der zweiten Jahreshälfte um durchschnittlich 3% höher als im 2. Halbjahr 1955. Aber auch die Preise zahlreicher anderer, in den erwähnten Indizes nicht erfaßten Waren, insbesondere verschiedene Konsumgüterpreise, sind gestiegen. Den Preisaufrtrieb der Investitionsgüter dämpfte die sinkende Investitionstätigkeit der Unternehmer. Zu Beginn 1957 setzte sich die Preisbewegung verstärkt fort. In jüngster Zeit wurden Inlandskohle, Koks, Rotationspapier, Zeitungen sowie die Haftpflichtversicherungsprämien für Kraftfahrzeuge zum Teil beträchtlich teurer. Weitere Preiserhöhungen sind angekündigt mit der Begründung, daß die Kohlenpreise, Löhne und andere Produktionskosten gestiegen seien.

Entwicklung der Lebenshaltungskosten und Großhandelspreise

2. Halbjahr	Lebenshaltungskosten 2. Hj. 1953 = 100	Großhandelspreise 1953 = 100
1954	103,5	106,8
1955	105,5	108,2
1956	108,6	111,4

Auch die *Lohnbewegung* hat in den letzten Monaten neue Impulse erhalten. Die Erhöhungen folgten einander seit Beginn des Konjunkturaufschwunges im Frühjahr 1953 in mehreren Etappen. Die erste fiel in das Jahr 1954, die zweite wurde im Jahre

1955 eingeleitet und im Frühjahr 1956 im wesentlichen abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt wurde sie bereits von einer dritten Lohnaktion überlagert, die vorwiegend auf die Gewährung von Urlaubszuschüssen und einmaligen Sonderzulagen zielte. Im Spätherbst 1956, als einige Branchen noch über Lohnforderungen aus der zweiten und dritten Lohnrunde verhandelten, setzte eine vierte Lohnbewegung ein. Wichtige Berufsgruppen (die Papier-, Chemie-, Handels-, Metall-, Bau-, Erdöl- und Forstarbeiter, die Arbeiter in den graphischen Betrieben und in der Papierverarbeitung), die zusammen fast die Hälfte aller in Österreich beschäftigten Arbeiter umfassen, konnten seither neuerlich Lohnerhöhungen und teilweise auch Urlaubs- und Weihnachtzuschüsse oder andere kollektivvertragliche Verbesserungen durchsetzen. Die öffentlichen Bediensteten (rund 14% aller unselbständigen Beschäftigten) erzwangen im Oktober die Vorverlegung der ursprünglich erst für Juli 1957 geplanten vollen Valorisierung ihrer Bezüge nach dem Gehaltsgesetz 1956 auf 1. Jänner 1957.

Wenn auch die gegenwärtigen Statistiken und Indizes über den Zusammenhang von Preisen, Löhnen, Produktion und Produktivität keine sicheren Aussagen und keine weitreichenden wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen erlauben, so geben sie doch zumindest Anhaltspunkte und wertvolle Aufschlüsse über die tatsächliche Entwicklung.

Der vom Institut berechnete Index der *Arbeitertariflöhne*, der indirekte Lohnerhöhungen (Urlaubszuschüsse, einmalige Zulagen u. ä.) nicht enthält, ist von Mitte Dezember 1955 bis Mitte Dezember 1956 um 4% (ohne Kinderbeihilfen) und um 4,8% (mit Kinderbeihilfen) gestiegen.

Die tatsächlichen *Wochenverdienste* (ohne einmalige Zulagen) lagen nach der Verdienststatistik des Institutes im 2. Halbjahr 1956 (ohne Dezember) im Durchschnitt brutto um 5% und netto um 4,8% höher als vor einem Jahre.

Da der Index der *Lebenshaltungskosten* in den entsprechenden Zeiträumen nur um 2,9% gestiegen ist, war das *Realeinkommen* der Lohnempfänger im 2. Halbjahr 1956 im Durchschnitt etwas höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Höchstwahrscheinlich hat sich gleichzeitig auch der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger am Produktionsertrag, zum Teil auf Kosten der Konjunkturgewinne, etwas erhöht. Vergleicht man die Bruttoverdienste je Industriearbeiter und die Produktivität der Industrie

seit der Stabilisierung im Jahre 1952, so zeigt sich, daß sich Löhne und Produktivität zunächst ziemlich gleichmäßig entwickelten. In der Periode des steilen Konjunkturaufschwunges bis zur Hochkonjunktur (1954 bis Mitte 1955) blieben jedoch die Löhne hinter der Produktivitätssteigerung zurück. Wie meist bei steigender Konjunktur wuchs der Anteil der Gewinne am Sozialprodukt rascher als der Lohnanteil. Seit ungefähr Mitte 1955 begannen jedoch die Löhne aufzuholen. Während sich der Produktivitätsfortschritt verlangsamte, hielt die Lohnbewegung unvermindert an. Die folgende Übersicht deutet darauf hin, daß im III. Quartal 1956 die Erhöhung der Arbeiterverdienste annähernd dem Produktivitätsfortschritt in der Industrie seit Beginn des Konjunkturaufschwunges im Jahre 1953 entsprach (Im III. Quartal 1956 wurde allerdings ein Großteil der erst im Laufe des Jahres 1956 durchgesetzten Urlaubszuschüsse ausbezahlt, so daß die Steigerung der Arbeiterverdienste, verglichen mit der Produktivität, in diesem etwas überhöht ist.)

Arbeiterverdienste und Produktivität in der Industrie

III. Quartal	Bruttoverdienste je Arbeiter	Produktivität
	Ø 1952=100	
1953	104,7	105,5
1954	110,9	119,0
1955	118,7	125,6
1956	126,8	126,5

Die anhaltende *Tendenz steigender Preise und Löhne* und die starken Spannungen im Preis-Lohn-Gefüge werfen die Frage auf, wie unter den gegebenen Voraussetzungen Preise und Löhne stabilisiert werden könnten. Solange das Sozialprodukt sprunghaft wuchs, wie in den Jahren 1954 und 1955, war es verhältnismäßig leicht, die Ansprüche der verschiedenen sozialen Gruppen aus den hohen Produktivitätserträgen zu befriedigen und die divergierenden Interessen auszugleichen. Seit jedoch das Sozialprodukt nur noch langsam wächst und die Einkommen der Sozialpartner nicht mehr gleichsam automatisch als Folge der erhöhten Produktivität steigen, verursacht jede Erhöhung von Preisen und Löhnen zwangsläufig Spannungen.

Die *Preissteigerungen* in den letzten Monaten wurden hauptsächlich mit der Verteuerung in- und ausländischer Rohstoffe (Suezkrise) und mit Lohnerhöhungen motiviert. Auch die überstürzten Angstkäufe im November haben in einzelnen Fällen die Preisbildung beeinflusst. Wiewohl die Dämpfung

der Konjunktur die Überwälzung von Kostensteigerungen schwieriger macht, ist sie in weiten Bereichen, wo der Absatz noch floriert, doch möglich. So verständlich es vom Standpunkt des einzelnen Unternehmers ist, steigende Kosten (auch wenn diese Steigerung oft nur kurzfristig ist) auf die Preise zu überwälzen (und die Preise nicht mehr zu senken, auch wenn die Ursachen der Erhöhung weggefallen sind) und so verlockend es sein mag, auch nicht kostenbedingte Erhöhungen vorzunehmen, wenn die starke Nachfrage dazu einlädt, so problematisch wird dieses Vorgehen, wenn dadurch neue Preis-Lohn-Erhöhungen ausgelöst werden oder die bereits vorhandene Preisempfindlichkeit der Bevölkerung weiter verstärkt wird. Es ist jedoch ebenso bedenklich, wenn wichtige Schlüsselpreise längere Zeit hindurch mit Hilfe amtlicher Regelung oder politischer Beeinflussung künstlich niedrig gehalten werden, weil sie die Produktions- oder Lebenshaltungskosten stärker beeinflussen. Auf diese Weise entstehen Preisverzerrungen (mit allen üblen Folgen), die auf die Dauer doch nicht durchzuhalten sind. Früher oder später müssen die zurückgebliebenen Preise und Tarife, um größere volkswirtschaftliche Schäden zu vermeiden, doch nachgezogen werden. Die unabweisbar gewordene Verteuerung der Inlandskohle, die Erhöhung der Strompreise und Gütertariife der Bundesbahnen sowie die immer dringlichere Reform der chaotischen Mietzinsverhältnisse sind nur einige Beispiele, welche die gegenwärtig schwierige Preissituation beleuchten. Zweifellos wäre der schrittweise Abbau der behördlichen Preisregelung und der Übergang zu marktgerechten Preisen im Konjunkturaufschwung mit viel geringeren Anpassungsschwierigkeiten verbunden gewesen als in der gegenwärtigen Konjunkturphase, in der die Expansion der Wirtschaft stark nachgelassen hat und jede Korrektur des Preisgefüges die Stabilisierungsbemühungen zusätzlich erschweren muß. Trotzdem wird der Wirtschaftspolitik diese Aufgabe nicht erspart bleiben.

Die *Lohnforderungen* in den letzten Monaten wurden mit verschiedenen Argumenten begründet: mit der Verteuerung der Lebenshaltungskosten, dem Steigen der Produktivität und dem Zurückbleiben hinter dem Realeinkommen der Vorkriegszeit. In vielen Fällen wiesen die Gewerkschaften einfach darauf hin, daß die Einkommen anderer Berufsgruppen gestiegen seien. So verständlich und berechtigt diese Argumente vom Standpunkt der einzelnen Gewerk-

schaften sein mögen, eine nach volkswirtschaftlichen Erwägungen zentral gesteuerte gewerkschaftliche Lohnpolitik kann sich ihrer gleichzeitig kaum bedienen. Die Richtlinie, Lohnerhöhungen nur nach Maßgabe von Produktivitätssteigerungen zu fordern, leuchtet gesamtwirtschaftlich ein, ist jedoch praktisch nur mit vielen Einschränkungen einzuhalten. Realistischerweise kann man Arbeitern in Zweigen, wo die Produktivität aus triftigen Gründen nur sehr langsam steigt, auf die Dauer nicht zumuten, daß ihr Realeinkommen immer weiter zurückbleibt, wenn in anderen Branchen hohe Erträge erzielt und verteilt werden. Andererseits läßt sich auch die Forderung nach bestimmten Einkommensrelationen zur Vorkriegszeit oder zu anderen Berufsgruppen nicht ohne weiteres vertreten, da sich die Produktivität und die finanzielle Leistungsfähigkeit der einzelnen Branchen und Betriebe sehr ungleichmäßig entwickelt haben. Für die zentrale Gewerkschaftsführung ist es daher schwierig, ein einheitliches Lohnkonzept mit den Einzelgewerkschaften abzustimmen, da diese in erster Linie die Interessen ihrer Mitglieder und nicht die gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkte zu vertreten haben. Jedenfalls zeigt die jüngste Entwicklung, daß die Lohnbewegung nicht nur durch Preiserhöhungen oder steigende Produktivität, sondern auch durch das Vordringen starker gewerkschaftlicher Gruppen neue Impulse erhalten hat.

Aktive Zahlungsbilanz

An der Jahreswende 1955/56 war das allgemein günstige Konjunkturbild durch eine passive Zahlungsbilanz getrübt worden. Viele hegten damals Zweifel, ob Österreich nach Ausfall der Besatzungskostenbeiträge (in den Jahren 1954 und 1955 57 Mill. und 24 Mill. \$) und nach Erfüllung der Ablöseverpflichtungen an die Sowjetunion imstande sein werde, seine Außenwirtschaft aus eigenen Kräften im Gleichgewicht zu halten. Diese Befürchtungen wurden durch die günstige Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1956 zerstreut. Soweit sich an der Schwelle des Jahres 1957 bereits überblicken läßt, wird die internationale Bilanz Österreichs im Jahre 1956, allerdings bei einer im allgemeinen etwas gedämpfteren Konjunkturlage, *aktiv* sein. Es ist besonders bemerkenswert, daß Mitte 1956 auch die *laufende Zahlungsbilanz*, nach zweijähriger Pause wieder aktiv wurde. Sie schloß im III. Quartal 1956 mit einem Überschuß von 891 Mill. S (im III. Quartal 1955 mit einem Defizit von

99 Mill. S). Da sich im III. Quartal 1956 auch die *Kapitalbilanz* günstig entwickelte (die Eingänge aus den Überschußgüterkrediten, den Weltbankkrediten für den Bau der Kraftwerke Reißbeck-Kreuzeck und Lünensee und dem Baumwollkredit der Export-Importbank übertrafen die Kapitalrückzahlungen und Ablöselieferungen an die Sowjetunion um 88 Mill. S), und da weiters aus einer Reihe anderer Quellen Devisen zuflossen, konnten die valutarischen Bestände um 1.102 Mill. S vermehrt werden

Österreichische Zahlungsbilanz

	III. Qu 1955	I Qu 1956	II. Qu 1956	III Qu
	Mill S			
Ausfuhr (ohne Ablöselieferungen)	4 613	4 945	5 436	5 702
Ablöselieferungen	54	307	378	316
Einfuhr	5.592	5.812	6.211	6.361
Handelsbilanz	-925	-560	-397	-343
Einnahmen aus dem Reiseverkehr	1 159	364	713	1.600
Sonstige Einnahmen für Dienstleistungen	474	415	427	464
Ausgaben für Reiseverkehr	227	72	145	272
Sonstige Ausgaben für Dienstleistungen	580	520	528	558
Saldo im Dienstleistungsverkehr	+ 826	+207	+467	+1.234
Laufende Zahlungsbilanz	- 99	-353	+ 70	+891
Kapitaleingänge	268	272	386	638
Kapitalausgänge	326	145	169	234
Saldo der Kapitalbilanz	- 58	+127	+217	+404
Unentgeltliche Leistungen auf Grund des Staatsvertrages	-106	-307	-378	-316
Statistische Korrekturen	+642	+318	+423	+123
Veränderungen der valutarischen Bestände	+379	-215	+332	+1.102

Die günstige Zahlungsbilanz hielt auch im IV. Quartal an. Obwohl dieses Quartal zahlungsbilanzmäßig das schwierigste ist (zu Weihnachten pflegt die Einfuhr stark zu steigen und die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr sinken in den Monaten Oktober bis Dezember auf einen Tiefpunkt), wuchs der Devisenvorrat der Notenbank auch im IV. Quartal 1956 um weitere 49 Mill. S. In den beiden letzten Jahren hatte er im IV. Quartal um rund eine Milliarde Schilling abgenommen. Im IV. Quartal leistete die Kapitalbilanz einen wichtigen Beitrag zu dem günstigen Ergebnis der Auslandsbilanz, da rund 460 Mill. S aus den neuen Weltbankkrediten für die Kraftwerke Ybbs-Persenbeug und St. Andrä-Voitsberg flüssig gemacht wurden. Zu Jahresende betrug der Gold- und Devisenvorrat der Nationalbank 10,2 Mrd. S, das ist das 4,8fache einer durchschnittlichen Monateinfuhr, und um 16% mehr als vor einem Jahr.

Soweit die Besserung der Zahlungsbilanz und der Devisenlage den Überschußgüterlieferungen und aus-

ländischen Krediten zu danken ist, handelt es sich nur um eine zeitweilige Entlastung und um eine augenblickliche Erweiterung des wirtschaftspolitischen Spielraumes. Da aber ein entwickeltes Land wie Österreich ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht auf längere Sicht nicht nur auf dem Zustrom ausländischen Kapitals aufbauen kann, das in absehbarer Zeit zurückgezahlt werden muß und daher künftig die Zahlungsbilanz zusätzlich belastet, ist es um so wichtiger und erfreulicher, daß auch die *laufende* Zahlungsbilanz (das ist die Zahlungsbilanz ohne die Posten auf dem Kapitalkonto) einen wichtigen Beitrag zur Besserung der Devisenlage geleistet hat.

Die *Handelsbilanz*, der wichtigste Bestandteil der Zahlungsbilanz, hat sich im Jahre 1956 günstig entwickelt. Das Defizit der Handelsbilanz betrug im III. Quartal (ohne Ablöselieferungen) 659 Mill. S, gegen 979 Mill. S im III. Quartal 1955. Im IV. Quartal 1956 stieg zwar das Defizit wieder (es betrug bereits im Oktober und November 733 Mill. S, gegen 928 Mill. S im Oktober/November 1955), doch deutet nichts darauf hin, daß es sich dabei um mehr als vorübergehende Schwankungen bzw. um auf Krediten fußende Mehrimporte handelt¹⁾. Die Verringerung des Handelsbilanzdefizites ist vor allem der Exportindustrie zu danken, der es gelang, trotz den Ablöselieferungen im Ausmaß von 300 bis 400 Mill. S je Quartal (die zum größten Teil aus der Erdölproduktion und der Produktion der ehemaligen USIA-Betriebe gedeckt werden konnten), die anhaltende Weltkonjunktur auszunützen, während sich die Importe aus verschiedenen Gründen nicht mehr so stark ausweiteten wie früher.

Die *Ausfuhr* (ohne Ablöselieferungen) erreichte im III. Quartal ihren bisher höchsten Quartalswert und war um 24% höher als im III. Quartal 1955. Im Oktober und November überstieg sie den Vorjahreswert um 18%. Diese Steigerungsraten liegen, auch wenn man die rein wertmäßigen Einflüsse berücksichtigt, weit über der Expansionsrate aller anderen Wirtschaftszweige. Die Exportquote der Industrie war im III. Quartal um 9% höher als ein Jahr zuvor, der Export bewährte sich wieder als eine wichtige Triebfeder der innerwirtschaftlichen Entwicklung.

¹⁾ Die Verschlechterung der Handelsbilanz infolge der Suezkrise (höhere Frachtkosten, verstärkte Bezüge amerikanischer Kohle) drückt sich in den Novemberergebnissen noch kaum aus

Aber auch international gesehen war die Ausweitung der österreichischen Ausfuhr viel stärker als in den meisten anderen Ländern, die in der zweiten Hälfte 1956 ihren Export gegenüber dem Vorjahr meist um weniger als 10% steigern konnten. Nur die Ausfuhr der USA, der Bundesrepublik Deutschland und Norwegens nahm ähnlich kräftig wie die Ausfuhr Österreichs zu.

Zunahme der Exporte in verschiedenen Ländern zwischen dem III Quartal 1955 und dem III Quartal 1956

	Zunahme des Exportwertes in %
Österreich	24
USA	24
Bundesrepublik Deutschland	22
Norwegen	18
Italien	8
Dänemark	6
Niederlande	3
Frankreich	2
Griechenland	2
Großbritannien	1

Die Steigerungsrate der Einfuhr war ebenfalls bedeutend, aber doch viel kleiner als die der Ausfuhr. Sie betrug im III. Quartal (gegenüber dem Vorjahr) 14%, im Oktober/November 9%. Die in den vergangenen Jahren stürmische Entwicklung der Importe flaute etwas ab, weil in zwei aufeinanderfolgenden Jahren die Inlandsernte gut war, mit der geringen Investitionsneigung auch die Investitionsgüterimporte eingeschränkt wurden und der Importsog, der durch die Liberalisierung ausgelöst worden war (voran Personenkraftwagenkäufe), im Laufe des Jahres 1956 viel schwächer wurde. Von wichtigen Waren wurde im Jahre 1956 nur noch annähernd gleich viel (oder sogar weniger) importiert wie im Vorjahre. Von Juli bis November wurden im Jahre 1956 Nahrungsmittel für 1.896 Mill. S (im Jahre 1955 für 1.809 Mill. S), Maschinen und Apparate für 1.482 Mill. S (im Jahre 1955 für 1.417 Mill. S) eingeführt; die Zahl der importierten Personenautos betrug nur noch 21.377 Stück, gegen 24.984 Stück im Vorjahre. Der Anteil dieser Warengruppen an der Gesamteinfuhr sank von 38% in der zweiten Hälfte 1955 auf 35% in der zweiten Hälfte 1956.

Neben der Handelsbilanz entwickelte sich auch die *Dienstleistungsbilanz* sehr günstig. Die Fremdenverkehrssaison war ausgezeichnet. Die Mehreinnahmen aus dem Fremdenverkehr ersetzten zu mehr als der Hälfte die Besatzungskostenbeiträge, die bis zur Unterzeichnung des Staatsvertrages in Devisen geleistet wurden. Der Überschuß der Dienstleistungs-

bilanz wird im Jahre 1956 rund 2 Mrd. S betragen, gegen 1,5 Mrd. S im Jahre 1955, wiewohl in den ersten Monaten 1955 noch Besatzungskostenbeiträge eingingen. Im III. Quartal 1956, am Höhepunkt des Touristenzustroms, betragen die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr 1.600 Mill. S, um 38% mehr als im III. Quartal 1955. Im Oktober und November 1956 hielt sich die Zunahme gegenüber dem Vorjahr auf gleich hohem Niveau. Die Devisenzunahme im Jahre 1956 gegenüber 1955 erscheint allerdings stark überhöht (die Ausländerübernachtungen stiegen vom III. Quartal 1955 zum III. Quartal 1956 nur um 19%), da im Jahre 1955 die Deviseneingänge aus verschiedenen Gründen hinter der Entwicklung des Ausländerreiseverkehrs zurückgeblieben waren. Selbst wenn sich der Fremdenverkehr im Jahre 1957 weiter stark ausdehnt, ist nicht mehr mit einer derartig sprunghaften Aufwärtsbewegung der Deviseneinnahmen aus Dienstleistungen zu rechnen wie in der zweiten Hälfte 1956.

Ausblick auf 1957

Die starke Verlangsamung des Expansionstempos im Jahre 1956 ist an sich noch kein Warnungssignal für die weitere konjunkturelle Entwicklung. Es war klar, daß Wachstumsraten von real 10 bis 11% wie in den Jahren 1954 und 1955 auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden können. Eine so starke Ausweitung der Produktion war nur im Übergang von einer verhältnismäßig wenig ausgelasteten zu einer praktisch vollbeschäftigten Wirtschaft möglich. Je mehr die Arbeitskraftreserven ausgeschöpft wurden, die freien Kapazitäten abnahmen und Engpässe auf einzelnen Märkten (Eisen, Baustoffe) auftraten, mußte sich die Wachstumskurve stark verflachen.

Der Rückgang der Investitionen im Jahre 1956 war jedoch so auffallend und ist für die Beurteilung und Beeinflussung der weiteren Konjunktorentwicklung im Jahre 1957 so bedeutsam, daß es nützlich ist, sich die Triebkräfte der überaus kräftigen Investitionsgüterkonjunktur in den Jahren 1954 und 1955 und die Ursachen ihren fühlbaren Abschwächung im abgelaufenen Jahre in Erinnerung zu rufen. In der ersten Phase des Konjunkturaufschwunges hatten die Investitionsgüterindustrien zunächst von der sprunghaften Ausweitung der Exporte (nach der Wechselkursangleichung im Mai 1953, und von öffent-

lichen Aufträgen) starke Impulse erhalten. Als in der Folge die Beschäftigung zunahm, die Gewinne und Masseneinkommen wuchsen und die Nachfrage nach Konsumgütern stieg, fanden fast alle Zweige einen starken Anreiz zum Investieren, zumal da diese Bereitschaft noch durch attraktive steuerliche Begünstigungen verstärkt wurde und ausreichend Kredite zur Verfügung standen. So erlebten wir vorübergehend das typische Bild der Hochkonjunktur. Aber schon in der zweiten Hälfte 1955 und noch mehr im Laufe des Jahres 1956 wurde die Investitionstätigkeit schwächer, teils weil die Expansion real an ihre Grenzen stieß (Kapazitätsengpässe, Facharbeitermangel), teils weil die Wirtschaftspolitik selbst durch finanz- und kreditpolitische Maßnahmen die Investitionen bremste, um eine „Überhitzung“ der Konjunktur auf Teilmärkten (Bauwirtschaft, einzelne Investitionsgüterindustrien) zu vermeiden und der drohenden Geldentwertung entgegenzuwirken. Schließlich mag auch die *Verlangsamung* des Konsumzuwachses die Investitionsbereitschaft der Unternehmer verringert haben. Wohl hat auch im Jahre 1956 die Beschäftigung noch zugenommen (3%) und der private Konsum sich ausgeweitet (5 bis 6%), aber die *Zuwachsraten* der Beschäftigung und des Konsums waren kleiner als im Jahre 1955. Damals war die Beschäftigung noch um 5% und der private Konsum real noch um 10% gewachsen.

Theoretische Überlegungen und empirische Anhaltspunkte sprechen dafür, daß die Investitionstätigkeit im Jahre 1957 ohne zeitgerechte und zweckentsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen voraussichtlich weiter zurückgehen wird. Nach einer Sondererhebung des Konjunkturtestes des Institutes Ende 1956 beabsichtigen nur 22% der befragten Firmen im Jahre 1957 mehr zu investieren als im Jahre 1956, 39% wollen weniger investieren und 39% sehen keine Änderung ihrer Investitionstätigkeit vor. Die öffentlichen Investitionen insgesamt werden im Jahre 1957, den Haushaltsplänen des Bundes, der Länder und Gemeinden zufolge, nominell nur annähernd gleich groß sein wie im Jahre 1956. Wohl wird das nominelle Bauvolumen der öffentlichen Haushalte etwas größer sein als im Jahre 1956, da die Finanzierung des Straßen- und Wohnungsbaues großteils aus zweckgebundenen, voraussichtlich wachsenden Einkünften des Staates (aus der Mineralölsteuer und aus den obligatorischen Wohnbaubeiträgen) gesichert ist und für den Wohnungsbau außerdem ein Bundes-

zuschuß von 200 Mill. S und eine Wohnbauranleihe in gleicher Höhe vorgesehen sind. Dagegen wurden die Investitionen der öffentlichen Betriebe, insbesondere die der Bundesbahnen sowie der Post- und Telegraphenverwaltung, empfindlich gekürzt.

Unter diesen Aspekten könnte der Rückgang auf den Investitionsgütermärkten im Jahre 1957 schärfere Formen annehmen, als mit einem langsameren Wachstumstempo des Sozialproduktes vereinbar ist, und ein kumulativer Schrumpfungsprozeß beginnen. Diese Gefahr mag im Augenblick noch nicht akut erscheinen, weil es bisher möglich war, die schwindende inländische Nachfrage nach Investitionsgütern wenigstens teilweise durch größere Exporte auszugleichen. Aber abgesehen davon, daß dieser Ausweg nur bestimmten Branchen und Betrieben offen steht und eine günstige internationale Konjunkturlage voraussetzt, bieten auch große Exporterfolge keinen ausreichenden Ersatz für eine stark schrumpfende Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern.

Die Wirtschaftspolitik steht daher im Jahre 1957 vor der schwierigen und heiklen Aufgabe, im richtigen Zeitpunkt die bisher aus guten Gründen zurückhaltende Kredit- und Finanzpolitik zu lockern, ohne dabei dem noch immer vorhandenen Preis-Lohn-Auftrieb neue Nahrung zuzuführen. Die Konjunkturlage zu Beginn 1957 ist tatsächlich zwiespältig und delikater: die reale Situation im Produktions- und Beschäftigungsbereich legt eine Einschränkung der restriktiven Einflüsse nahe, um Rückschläge zu vermeiden und Umstellungen zu erleichtern; die labile Preis-Lohn-Situation dagegen würde weiterhin kontraktive Maßnahmen rechtfertigen. Eine so schwierige und widerspruchsvolle Lage kann nicht mit fix und fertigen Lösungen gemeistert werden, sondern nur durch eine vorsichtige, wendige und undogmatische Wirtschaftspolitik, in der geld-, kredit-, budget-, handels-, produktions-, beschäftigungs- und lohnpolitische Maßnahmen sinnvoll ineinandergreifen und die sich rasch und elastisch allen wichtigen Veränderungen im Wirtschaftsprozess anpaßt.

Der Erfolg aller Bemühungen hängt entscheidend vom Verhalten der Sozialpartner ab. Mehr denn je erfordert die gegenwärtige Konjunkturlage von beiden Seiten ein hohes Maß an Preis- und Lohndisziplin. Die Unternehmer sollten in der gegenwärtigen labilen Konjunktursituation Kostenverteuerungen, die sich z. B. infolge Erhöhung einzelner Schlüssel-

preise und Tarife Anfang 1957 ergeben werden, nach Möglichkeit aus ihrem Gewinn tragen und die Arbeitnehmer sollten ein geringfügiges Steigen der Lebenshaltungskosten nicht sofort zum Anlaß neuer Lohnforderungen nehmen. Gelingt es, die nächsten kritischen Monate störungsfrei zu überbrücken und den Auftrieb von Preisen und Löhnen einzudämmen, dann wird die Wirtschaftspolitik mit geringeren Bedenken die Investitionstätigkeit durch finanz- und kreditpolitische Maßnahmen wieder fördern können. Sobald aber die Kapazitäten und Arbeitskräfte in den Investitionsgüterindustrien wieder besser ausgelastet werden und die Produktivität wieder steigt, werden nicht nur die Unternehmergewinne wachsen, sondern auch für entsprechende Lohnerhöhungen wieder günstigere reale Voraussetzungen bestehen. Aber auch in diesem Falle werden sich schwierige Umschichtungsprobleme ergeben, da bei einem scharfen Rückgang der Expansion, oder auch wenn das Sozialprodukt nur noch langsam wächst, einzelne Produktionszweige, vor allem im Bereiche der Investitionsgüterindustrien, nicht nur hinter der durchschnittlichen Wachstums-

rate zurückbleiben, sondern absolut schrumpfen werden.

Nicht zuletzt ist zu bedenken, daß die österreichische Wirtschaft in hohem Maße von der Entwicklung der internationalen Konjunktur abhängt. Bemerkenswerterweise konnte Österreich im Jahre 1956 trotz der Konjunkturabschwächung in fast allen westeuropäischen Ländern seine Exporte beträchtlich erhöhen und damit den Nachfrageausfall im Inlande wenigstens teilweise wettmachen. Es wäre jedoch gewagt, im Jahre 1957 mit einer ähnlich kräftigen Expansion der österreichischen Exporte zu rechnen wie im Jahre 1956. Die neuerdings günstige Konjunktur-entwicklung in den Vereinigten Staaten ist zumindest für Österreich kein vollwertiger Ersatz für die Abschwächung der Konjunktur in Westeuropa. Aber auch wenn man annimmt, daß sich die expansiven Kräfte der amerikanischen Wirtschaft im Laufe des Jahres 1957 direkt über die Rohstoffländer auf Westeuropa und damit auch auf Österreich günstig auswirken werden, bleibt die Überwindung der Flaute in einigen Investitionsgüterindustrien ein Hauptanliegen der österreichischen Wirtschaftspolitik im Jahre 1957.